Vordrucke & Erklärungen

zu unternehmensbezogenen Angaben

für das Offene Verfahren
gem. § 119 Abs. 3 GWB i.V.m. § 15 Abs. 1 S. 1 VgV

zur Beschaffung eines

Online-Bezahlsystems bestehend aus einem Payment-Modul mit zugehörigem Online-Portal über einen Payment-Service Provider (PSP)

Aktenzeichen: 13-8014/04/26

Stand: 14.09.2026

Allgemeine Hinweise der Vergabestelle:

- In den nachfolgenden Vordrucken wird aus Gründen der Lesbarkeit statt der „Ich/Wir“ allein die „Ich“-Form verwendet.

- Die nachfolgenden Vordrucke / Erklärungen sind von dem Bieter / der Bietergemeinschaft zur Erstellung und Einreichung eines Angebotes zu verwenden. Die Nachweise und Erklärungen müssen vom Bieter / der Bietergemeinschaft mit dem Angebot eingereicht werden, sofern nicht anders angegeben.

- Die Vordrucke können für die Erstellung und Einreichung eines Angebotes vor dem Ausfüllen in der benötigten Anzahl vervielfältigt werden.

- In den eingereichten Unterlagen muss die Person des Erklärenden eindeutig erkennbar sein, eine eigenhändige Unterschrift ist nicht erforderlich. Auf Ziffer 5 der Bewerbungsbedingungen (Form der Angebote und deren Einreichung) wird verwiesen.

- Bitte laden Sie die Datei „Vordrucke & Erklärungen" nach dem Befüllen der entsprechenden Felder wiederum insgesamt als Datei hoch und nicht separat als einzelne Erklärungen.

Hinweise der Vergabestelle zu den Vordrucken:

- Die Vergabestelle weist auf die in den Bewerbungsbedingungen enthaltene Checkliste hin, der sich entnehmen lässt, durch wen (Bieter / Bietergemeinschaft / jedes Mitglied der Bietergemeinschaft / Unterauftragnehmern / ggf. alle) die Erklärungen / Vordrucke / Nachweise jeweils abgegeben werden müssen.

Übersicht

Vordruck 1 Angaben zum Bieter 4
Vordruck 2 Erklärung Bietergemeinschaft 7
Vordruck 3 Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 123 GWB 9
Vordruck 4 Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 124 GWB 12
Vordruck 5 Nachweis der Berufsausübung 14
Vordruck 6 Eigenerklärung zum Umsatz 15
Vordruck 7 Eigenerklärung über eine Betriebshaftpflichtversicherung 16
Vordruck 8 Referenzen (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 Halbs. 1 VgV) 17
Vordruck 9 Eignungsrelevante Unternehmen 21
Vordruck 10 Unterauftragnehmer 25
Vordruck 11 Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer / eignungsrelevante Unternehmen 27
Vordruck 12 Scientology-Schutzerklärung 29
Vordruck 13 Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 19 MiLoG 30
Vordruck 14 Erklärung zur Verordnung EU 2022/576 (Russland-Sanktionen) 31

Name des Bieters:

Vordruck 1 Angaben zum Bieter

1. Angaben zum Bieter:

Name/Firma des Bieters/Unternehmens:	
Anschrift:	
Firmen-E-Mail:	
Firmen Tel.-Nr.	
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	

2. Ansprechpartner 1:

Name:	
Funktion des Ansprechpartners:	
Telefon:	
Telefax:	
E-Mail:	

3. Ansprechpartner 2:

Name:	
Funktion des Ansprechpartners:	
Telefon:	
Telefax:	
E-Mail:	

4. Zahlungsinformationen

Name:	
IBAN	
BIC	
Bank	

Hinweis der Vergabestelle:

- Der Auftraggeber arbeitet mit einem elektronischen Warenwirtschaftssystem, in dem auch die Bankverbindung des Vertragspartners hinterlegt wird. Eine einheitliche Bankverbindung für alle Zahlungsvorgänge im Zusammenhang mit der Vertragsabwicklung ist daher zwingend erforderlich.

5. Ansprechpartner Buchhaltung (**falls vorhanden**):

Name:	
Telefonnummer	
Fax	
E-Mail	

6. Angaben zur Größe des Unternehmens und zur Börsennotierung

Bitte Zutreffendes ankreuzen:

☐ Kleinstunternehmen
☐ Kleines Unternehmen
☐ Mittleres Unternehmen
☐ Großunternehmen

nach folgender Definition:

Bezeichnung	Beschäftigte	Jahresumsatz
Kleinstunternehmen	Bis 9	Bis 2 Mio. Euro
Kleine Unternehmen	Bis 49	Bis 10 Mio. Euro
Mittlere Unternehmen	Bis 249	Bis 50 Mio. Euro
Großunternehmen	Über 249	Über 50 Mio. Euro

Unternehmen ist börsennotiert

☐ Ja

☐ Nein
Falls nein, Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers: _____

_____
Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Vordruck 2 Erklärung Bietergemeinschaft

☐ Es liegt keine Bietergemeinschaft vor.

_____
Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

☐ Falls eine Bietergemeinschaft vorliegt – bitte ausfüllen:

Name und Rechtsform der Bietergemeinschaft	

und zugleich für die nachfolgend genannten Mitglieder der Bietergemeinschaft erkläre ich hiermit, dass

- alle Mitglieder der gebildeten Bietergemeinschaft aufgeführt sind,
- im Fall der Zuschlagserteilung eine Arbeitsgemeinschaft gebildet wird,
- die Bildung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft durch die nachfolgenden Mitglieder rechtlich, insbesondere kartell-, arbeits-, wettbewerbs- und vergaberechtlich, zulässig ist,
- die Bietergemeinschaft aus folgenden Mitgliedern besteht (**anzugeben sind vollständige Firma/Name und Adresse**), die Leistungen der folgenden Art und im folgenden Umfang übernehmen (§ 43 Abs. 1 S. 2 VgV):

1. Mitglied der Bietergemeinschaft Firma/Name und Adresse Art und Umfang der Leistung	
2. Mitglied der Bietergemeinschaft Firma/Name und Adresse Art und Umfang der Leistung	
3. Mitglied der Bietergemeinschaft Firma/Name und Adresse Art und Umfang der Leistung	
4. Mitglied der Bietergemeinschaft Firma/Name und Adresse Art und Umfang der Leistung	
5. Mitglied der Bietergemeinschaft Firma/Name und Adresse Art und Umfang der Leistung	

- die nachstehend genannte Person oder Gesellschaft bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft ist (anzugeben sind vollständige Firma/Name und Adresse) und
- dass der nachfolgend benannte bevollmächtigte Vertreter der Bietergemeinschaft berechtigt ist, im Namen der Mitglieder der Bietergemeinschaft mit Wirkung für und gegen diese rechtsverbindliche Erklärungen im Vergabeverfahren abzugeben und anzunehmen sowie ein verbindliches Angebot abzugeben:

Bevollmächtigter Vertreter und Mitglied der Bietergemeinschaft (zugleich Mitglied Nr. 1 der Bietergemeinschaft)	

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder der Bietergemeinschaft dem Auftraggeber im Fall der Zuschlagserteilung als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum, Angabe des Erklärenden für <u>jedes einzelne</u> Bietergemeinschaftsmitglied

1. Mitglied der Bietergemeinschaft	Ort, Datum, Name des Erklärenden
2. Mitglied der Bietergemeinschaft	Ort, Datum, Name des Erklärenden
3. Mitglied der Bietergemeinschaft	Ort, Datum, Name des Erklärenden
4. Mitglied der Bietergemeinschaft	Ort, Datum, Name des Erklärenden
5. Mitglied der Bietergemeinschaft	Ort, Datum, Name des Erklärenden

(Liste bei Bedarf ergänzen)

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Vordruck 3 Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 123 GWB

Hiermit erkläre ich, dass ich die unter § 123 GWB genannten und nachfolgend abgedruckten Ausschlusstatbestände nicht erfülle.

Nach **§ 123 Abs. 1 GWB** ist ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren auszuschließen, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im obigen Sinne stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört

auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Nach **§ 123 Abs. 4 GWB** werden Unternehmen zudem von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

_____

Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

Alternativ:

Alternativ, d.h. **statt der obigen Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 123 GWB**, erkläre ich, dass ich die unter § 123 GWB genannten und oben abgedruckten Ausschlusstatbestände nicht erfülle, mit Ausnahme der nachfolgend genannten Ausschlusstatbestände.

Für diese unten angegebenen Ausschlusstatbestände ist meinerseits gegenüber der Vergabestelle im Rahmen des **§ 125 GWB („Selbstreinigung")** durch Vorlage entsprechender und geeigneter Unterlagen und sonstiger Erklärungen vollständig nachzuweisen, dass mein Unternehmen:

1. für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,
2. die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt hat, und
3. konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.

Die Vergabestelle bewertet die dargestellten, von dem Unternehmen ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen und berücksichtigt dabei die Schwere und die besonderen Umstände der Straftat oder des Fehlverhaltens. Die Vergabestelle behält sich vor, die Selbstreinigungsmaßnahmen des Unternehmens als unzureichend zu bewerten und das Unternehmen vom weiteren Vergabeverfahren auszuschließen.

Ausschlusstatbestände, bzgl. welcher eine Selbstreinigung nach § 125 GWB nachgewiesen wird:

(ggf. auf gesondertem Blatt ergänzen)

_____

Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Vordruck 4 Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 124 GWB

Hiermit erkläre ich, dass ich die unter § 124 GWB genannten und nachfolgend abgedruckten Ausschlusstatbestände nicht erfülle.

Nach **§ 124 Abs. 1 GWB** können Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen

a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

_____

Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

Alternativ (Erklärung zur Selbstreinigung, § 125 GWB):

Alternativ, d.h. **statt der obigen Erklärung**, erkläre ich, dass ich die unter § 124 GWB genannten und oben abgedruckten Ausschlusstatbestände nicht erfülle, mit Ausnahme der nachfolgend genannten Ausschlusstatbestände.

Für diese unten angegebenen Ausschlusstatbestände ist meinerseits gegenüber der Vergabestelle im Rahmen des **§ 125 GWB („Selbstreinigung")** durch Vorlage entsprechender und geeigneter Unterlagen und sonstiger Erklärungen vollständig nachzuweisen, dass mein Unternehmen:

1. für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,
2. die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt hat, und
3. konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.

Die Vergabestelle bewertet die dargestellten, von dem Unternehmen ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen und berücksichtigt dabei die Schwere und die besonderen Umstände der Straftat oder des Fehlverhaltens. Die Vergabestelle behält sich vor, die Selbstreinigungsmaßnahmen des Unternehmens als unzureichend zu bewerten und das Unternehmen vom weiteren Vergabeverfahren auszuschließen.

Ausschlusstatbestände, bzgl. welcher eine Selbstreinigung nach § 125 GWB nachgewiesen wird:

(ggf. auf gesondertem Blatt ergänzen)

_____
Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Vordruck 5 Nachweis der Berufsausübung

Nachweis (in Kopie/gescanntes Dokument) über die erlaubte Berufsausübung, je nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem das Unternehmen ansässig ist, entweder über die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister dieses Staates oder durch Nachweis auf andere Weise.

Hinweis der Vergabestelle:

- Fügen Sie Ihrem Angebot die verlangten Nachweise / Dokumente bei.

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Vordruck 6 Eigenerklärung zum Umsatz

Gesamtumsätze des Unternehmens, jeweils bezogen auf die 3 letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre, entsprechend dem Gründungsdatum oder dem Datum der Tätigkeitsaufnahme des Unternehmens

Geschäftsjahr	Umsatz (in Euro)
2023	
2024	
2025	

Umsatz für den Tätigkeitsbereich, der Gegenstand der Ausschreibung ist (Online-Zahlungsdienstleistungen als Payment-Service-Provider über ein Payment-Modul mit zugehörigem Online-Portal), jeweils bezogen auf die 3 letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre, entsprechend dem Gründungsdatum oder dem Datum der Tätigkeitsaufnahme des Unternehmens:

Geschäftsjahr	Umsatz (in Euro)
2023	
2024	
2025	

_____
Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

Hinweise der Vergabestelle:

- Bitte geben Sie ggf. an, auf welche Firma oder welche Ebene sich die genannten Zahlen beziehen (z. B. Filiale, Region, Gesamtkonzern).

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Vordruck 7 Eigenerklärung über eine Betriebshaftpflichtversicherung

Hiermit erkläre ich,

dass eine aktuell gültige Betriebshaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare marktübliche Versicherung mit einer Haftpflichtdeckungshöhe von **2 Millionen Euro** für Personen- und Sachschäden insgesamt und mindestens **1 Million Euro** je Schadensfall und Versicherungsjahr besteht.

_____
Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

Alternativ (falls eine Versicherung mit dieser Deckungshöhe derzeit nicht besteht):

Hiermit erkläre ich,

dass ich im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung abschließe.

Eine Erklärung eines Versicherers, dass dieser zum Abschluss einer entsprechenden Versicherung mit meinem Unternehmen bereit ist, füge ich für diesen Fall meinem Angebot bei.

_____
Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Vordruck 8 Referenzen (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 Halbs. 1 VgV)

Darstellung von mindestens **3 (drei)** Referenzen innerhalb der letzten 3 (drei) Jahre (Stichtag: Ablauf der Angebotsfrist) für die Leistungsdauer von mindestens einem Jahr je Referenz über die Abwicklung von Online-Zahlungsdienstleistungen als Payment-Service-Provider über ein Payment-Modul mit zugehörigem Online-Portal (**Mindestanforderung**):

Referenz Nummer 1		
Lfd. Nr.	**Angaben zur Referenz**	**Vom Bieter / von der Bietergemeinschaft auszufüllen**
1	Bezeichnung der Referenz	
2	Name des Auftragnehmers (Vertragspartner des Referenzauftraggebers)	
3	Leistungszeit (Anfangs- und Enddatum der Leistungserbringung) (innerhalb der letzten 3 Jahre / Stichtag: Ablauf der Angebotsfrist)	
4	Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Referenzauftraggebers und einer Auskunftsperson	
5	Auftragswert der Referenz (Wert der Leistung)	
6	Umfang der Leistungen:	
7	Inhaltliche Darstellung der Referenz:	

Referenz Nummer 2		
Lfd. Nr.	**Angaben zur Referenz**	**Vom Bieter / von der Bietergemeinschaft auszufüllen**
1	Bezeichnung der Referenz	
2	Name des Auftragnehmers (Vertragspartner des Referenzauftraggebers)	
3	Leistungszeit (Anfangs- und Enddatum der Leistungserbringung) (innerhalb der letzten 3 Jahre / Stichtag: Ablauf der Angebotsfrist)	
4	Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Referenzauftraggebers und einer Auskunftsperson	
5	Auftragswert der Referenz (Wert der Leistung)	
6	Umfang der Leistungen:	
7	Inhaltliche Darstellung der Referenz:	

Referenz Nummer 3		
Lfd. Nr.	**Angaben zur Referenz**	**Vom Bieter / von der Bietergemeinschaft auszufüllen**
1	Bezeichnung der Referenz	
2	Name des Auftragnehmers (Vertragspartner des Referenzauftraggebers)	
3	Leistungszeit (Anfangs- und Enddatum der Leistungserbringung) (innerhalb der letzten 3 Jahre / Stichtag: Ablauf der Angebotsfrist)	
4	Name, Anschrift und Telefonnummer / E-Mail-Adresse des Referenzauftraggebers und einer Auskunftsperson	
5	Auftragswert der Referenz (Wert der Leistung)	
6	Umfang der Leistungen:	
7	Inhaltliche Darstellung der Referenz:	

(Vordruck kann bei Bedarf vervielfältigt werden)

Ich bestätige ich die Richtigkeit meiner Angaben. Mir ist bekannt, dass die Vergabestelle alle gemachten Angaben gegebenenfalls überprüft.

_____
Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

Hinweise der Vergabestelle:

- Die Referenzen müssen jeweils eindeutig demjenigen Unternehmen als Auftragnehmer des Referenzauftraggebers zugeordnet werden können, das sich zum Nachweis seiner Eignung in dem Angebot darauf beruft.

- Bei der Nennung von drei Referenzen handelt es sich um eine **Mindestanforderung** an die Eignung des Unternehmens sind zwingend zu erfüllen (Mindestanforderung). Unternehmen, die diese Mindestanforderung nicht erfüllen, sind zur Auftragsdurchführung nicht geeignet und werden von dem weiteren Vergabeverfahren zwingend ausgeschlossen.

- Die Darstellung der Referenzen hat unter Nutzung der von der Vergabestelle zur Verfügung gestellten Vordrucke, welche neben den Mindestangaben nach § 46 Abs. 3 VgV weitere, sachlich gerechtfertigte Angaben enthält, zu erfolgen.

- Die Vergabestelle behält sich die Überprüfung der Darstellung und Angaben der Unternehmen in den Referenzvordrucken sowie eigene Ermittlungen im Rahmen der materiellen Eignungsprüfung vor.

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Vordruck 9 Eignungsrelevante Unternehmen

(nach § 47 Abs. 1 S. 1 VgV)

☐ Hiermit erkläre ich, dass keine Eignungsleihe vorliegt.

_____

Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

☐ Falls eine Eignungsleihe vorliegt:

9.1 Eignungsrelevantes Unternehmen Nr. 1

Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit bediene ich mich des nachfolgend benannten anderen Unternehmens nach § 47 Abs. 1 S. 1 VgV:

Name/Firma des Unternehmens:	
Anschrift:	
Ansprechpartner:	
Telefon:	
Telefax:	
E-Mail:	

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Zur Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit nach §§ 45 Abs. 1 S. 1 i.V.m. 47 Abs. 1 S. 1 VgV erbringe ich folgende Nachweise durch das oben benannte eignungsrelevante Unternehmen (z.B.: Gesamtumsatz, Betriebshaftpflichtversicherung):

☐ Vordruck 6
☐ Vordruck 7

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit:

Zur Darstellung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit nach §§ 46 Abs. 1 S. 1 i.V.m. 47 Abs. 1 S. 1 VgV erbringe ich folgende Nachweise durch das oben benannte eignungsrelevante Unternehmen (z.B.: Referenzen für vergleichbare Aufträge, technische Ausrüstung, Anzahl der Mitarbeiter, Nachweise zum Qualitätsmanagement, Studiennachweise und Bescheinigungen über die berufliche Befähigung):

☐ Vordruck 8

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

9.2 Eignungsrelevantes Unternehmen Nr. 2

Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit bediene ich mich des nachfolgend benannten anderen Unternehmens nach § 47 Abs. 1 S. 1 VgV:

Name/Firma des Unternehmens:	
Anschrift:	
Ansprechpartner:	
Telefon:	
Telefax:	
E-Mail:	

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Zur Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit nach §§ 45 Abs. 1 S. 1 i.V.m. 47 Abs. 1 S. 1 VgV erbringe ich folgende Nachweise durch das oben benannte eignungsrelevante Unternehmen (z.B.: Gesamtumsatz, Betriebshaftpflichtversicherung):

☐ Vordruck 6
☐ Vordruck 7

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit:

Zur Darstellung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit nach §§ 46 Abs. 1 S. 1 i.V.m. 47 Abs. 1 S. 1 VgV erbringe ich folgende Nachweise durch das oben benannte eignungsrelevante Unternehmen (z.B.: Referenzen für vergleichbare Aufträge, technische Ausrüstung, Anzahl der Mitarbeiter, Nachweise zum Qualitätsmanagement, Studiennachweise und Bescheinigungen über die berufliche Befähigung):

☐ Vordruck 8

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

9.3 Eignungsrelevantes Unternehmen Nr. 3

Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit bediene ich mich des nachfolgend benannten anderen Unternehmens nach § 47 Abs. 1 S. 1 VgV:

Name/Firma des Unternehmens:	
Anschrift:	
Ansprechpartner:	
Telefon:	
Telefax:	
E-Mail:	

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Zur Darstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit nach §§ 45 Abs. 1 S. 1 i.V.m. 47 Abs. 1 S. 1 VgV erbringe ich folgende Nachweise durch das oben benannte eignungsrelevante Unternehmen (z.B.: Gesamtumsatz, Betriebshaftpflichtversicherung):

☐ Vordruck 6
☐ Vordruck 7

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit:

Zur Darstellung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit nach §§ 46 Abs. 1 S. 1 i.V.m. 47 Abs. 1 S. 1 VgV erbringe ich folgende Nachweise durch das oben benannte eignungsrelevante Unternehmen (z.B.: Referenzen für vergleichbare Aufträge, technische Ausrüstung, Anzahl der Mitarbeiter, Nachweise zum Qualitätsmanagement, Studiennachweise und Bescheinigungen über die berufliche Befähigung):

☐ Vordruck 8

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Hinweise der Vergabestelle zu Vordruck 9:

- **Eignungsleihe/ eignungsrelevantes Unternehmen i.S.d. § 47 VgV:**
  Bei der Eignungsleihe nimmt der Bieter wirtschaftliche und finanzielle und/oder technische und berufliche Kapazitäten (Ressourcen) anderer Unternehmen in Anspruch, um die vom Auftraggeber gestellten Eignungsanforderungen zu erfüllen.

- Sofern der Bieter/die Bietergemeinschaft vorsieht, sich zum Nachweis der Leistungsfähigkeit anderen Unternehmens nach § 47 Abs. 1 S. 1 VgV zu bedienen, hat er Vordruck 9 auszufüllen und den Vordruck mit dem Angebot einzureichen.

- Dem Angebot sind die **Vordrucke sowie die jeweils zugehörigen Unterlagen für das jeweilige oben benannte andere Unternehmen** in dem Umfang beizufügen, in welchem sich der Bieter/die Bietergemeinschaft wie oben angegeben auf die Fähigkeiten des anderen Unternehmens zum Nachweis seiner/ihrer wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit beruft.

- Dem Angebot sind zudem auch die in der Checkliste (Bewerbungsbedingungen) genannten/geforderten Vordrucke jeweils von dem/den oben benannten anderen Unternehmen beizufügen.

- Es wird vorsorglich und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht darauf hingewiesen, dass ein anderes Unternehmen i.S.v. § 47 Abs. 1 S. 1 VgV nicht nur ein Unternehmen, auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bieter für die Durchführung eines bestimmten Auftrags beruft, sein kann, sondern hierunter auch ein konzernverbundenes/-angehöriges (sog. verbundenes) Unternehmen nach der Vergaberechtsprechung zu verstehen ist (vgl. OLG München, Beschluss vom 15.03.2012 - Verg 2/12, OLG Düsseldorf, Beschluss vom 30.06.2010 - VII-Verg 13/10).

- Der Vordruck kann bei Bedarf vervielfältigt werden oder bei der Vergabestelle angefordert werden, wenn der Bieter/die Bietergemeinschaft sich mehrerer eignungsrelevanter Unternehmen bedient.

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Vordruck 10 Unterauftragnehmer

(nach § 36 Abs. 1 S. 1 VgV)

☐ Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen werde ich keine anderen Unternehmen hinzuziehen.

☐ Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich nachfolgend Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich andere Unternehmen hinzuziehen werde (Unterauftragnehmer):

Lfd. Nr.	Leistungsbereich	Beschreibung / Art und Umfang der Teilleistungen	Ggf. Name und Adresse des Unterauftragnehmers
1			
2			
3			
4			
5			

(Vordruck kann bei Bedarf vervielfältigt werden)

_____

Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

Hinweise der Vergabestelle:

- Unterauftragnehmer i.S.d. § 36 VgV: Unterauftragnehmer können vom Bieter / Auftragnehmer in der Phase der Auftragsausführung arbeitsteilig zu einer vollständigen oder teilweisen Übernahme des Auftrags herangezogen werden.
- Sofern der Bieter/die Bietergemeinschaft vorsieht, Leistungen durch Unterauftragnehmer erbringen zu lassen, hat er in der Tabelle die jeweiligen Leistungsbereiche und die Beschreibung der vorgesehenen Teilleistungen der Unterauftragnehmer anzugeben.

- Auf gesondertes Verlangen sind der Vergabestelle die Unterauftragnehmer vor Zuschlagserteilung namentlich zu benennen. Die Vergabestelle behält sich die Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen u.a. gem. § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. §§ 123, 124 GWB (siehe Ziffer 13 der Bewerbungsbedingungen) bei den Unterauftragnehmern vor Zuschlagserteilung vor.

- Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind bis zur Vergabeentscheidung Erklärungen der Unterauftragnehmer einzureichen, aus denen hervorgeht, dass der Bieter im Falle der Zuschlagserteilung auf sämtliche für die Auftragsdurchführung erforderlichen Mittel der Unterauftragnehmer zugreifen kann (Verpflichtungserklärung). Eine Vorlage der Verpflichtungserklärung bereits mit Abgabe des Angebots ist nicht erforderlich.

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Vordruck 11 Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer / eignungsrelevante Unternehmen

Hinweis der Vergabestelle:
Diese Verpflichtungsverklärung muss nur vorgelegt werden, wenn sich der Bieter eignungsrelevanter Unternehmen bedient (Vordruck 9) und/oder Unterauftragnehmer hinzuzieht (Vordruck 10).

Verpflichtungserklärung:

☐ Nicht-eignungsrelevantes Unternehmen, welches Teilleistungen erbringt (Unterauftragnehmer) gem. § 36 Abs. 1 VgV, (vgl. Vordruck 10)
☐ Eignungsrelevantes Unternehmen nach § 47 Abs. 1 S. 1 VgV (vgl. Vordruck 9), das keine Teilleistungen erbringt.
☐ Eignungsrelevantes Unternehmen nach § 47 Abs. 1 S. 1 VgV (vgl. Vordruck 9), das Teilleistungen erbringt.

Name des Bewerbers/der Bietergemeinschaft:	
Name des sich verpflichtenden Unternehmens / Unterauftragnehmer (Firma, Adresse):	
Gegenstand der	
☐ Teilleistung:	
☐ Eignungsleihe:	

☐ Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter/die o.g. Bietergemeinschaft die bezeichnete Teilleistung zu erbringen.

☐ Ich/wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter/die o.g. Bietergemeinschaft diesem/dieser mit den Kapazitäten meines/unseres Unternehmens für die vom Bieter/von der Bietergemeinschaft beschriebenen Eignungskriterien zur Verfügung zu stehen.
Soweit der o.g. Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meine/unsere Kapazitäten in Anspruch nimmt, hafte ich/wir gegenüber dem Auftraggeber im Falle der Auftragserteilung an den vorstehend genannten Bieter/die vorstehend genannte Bietergemeinschaft mit diesem/dieser gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____
Ort, Datum, Name des/der Erklärenden des sich verpflichtenden Unternehmens

Hinweis der Vergabestelle:

- Die Erklärung ist nur bei einem Einsatz von Unterauftragnehmern / Unternehmen, derer sich der Bieter/die Bietergemeinschaft zum Nachweis der Leistungsfähigkeit bedient, auszufüllen und von jedem dieser zu erklären.

- Die Erklärung des Bieters / der Bietergemeinschaft ist hier nicht erforderlich; der Bieter / die Bietergemeinschaft hat die Verpflichtungserklärung jedoch der Vergabestelle zuzuleiten.

- Die Vordrucke sind ggf. entsprechend oft zu vervielfältigen oder bei der Vergabestelle anzufordern.

- Eine Vorlage dieser Verpflichtungserklärungen (Vordruck 11) bereits mit Abgabe des Angebots ist nicht erforderlich. Die Verpflichtungserklärungen sind jedoch spätestens auf das gesonderte Verlangen der Vergabestelle nachzureichen.

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Vordruck 12 Scientology-Schutzerklärung

1. <u>Erklärung zum Vergabeverfahren:</u>

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Nichtabgabe der Erklärung nach Nummer 2 oder die Abgabe einer wissentlich falschen Erklärung den Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann.

2. <u>Erklärung für den Fall der Zuschlagserteilung:</u>

2.1 Ich versichere,

- dass ich gegenwärtig sowie während der gesamten Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard nicht anwende, lehre oder in sonstiger Weise verbreite, ich keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuche und Beschäftigte oder sonst zur Erfüllung des Vertrages eingesetzte Personen keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen lasse.
- dass nach meiner Kenntnis keine der zur Erfüllung des Vertrages eingesetzten Personen die Technologie von L. Ron Hubbard anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht.

2.2 Ich verpflichte mich, solche zur Erfüllung des Vertrages eingesetzte Personen von der weiteren Durchführung des Vertrages unverzüglich auszuschließen, die während der Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard anwenden, lehren, in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen.

2.3 Die Abgabe einer wissentlich falschen Erklärung nach Nummer 2.1 sowie ein Verstoß gegen die Verpflichtung nach Nummer 2.2 berechtigen den Auftraggeber zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.

Mir ist bekannt, dass der Einsatz von Unterauftragnehmern durch Bieter / Bietergemeinschaften davon abhängig ist, dass diese gegenüber ihrem jeweiligen Hauptunternehmer eine gleichlautende Erklärung abgeben, die auf Aufforderung des Auftraggebers vorgelegt werden muss.

_____

Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Vordruck 13 Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 19 MiLoG

Hiermit erkläre ich, dass ich die unter § 19 MiLoG (Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns) genannten und nachfolgend abgedruckten Ausschlusstatbestände nicht erfülle.

Nach § 19 Abs. 1 MiLoG sollen von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in §§ 99 und 100 GWB genannten Auftraggeber Bieter für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden, die wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind.

Nach § 21 Abs. 1 MiLoG handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. entgegen § 15 S. 1 in Verbindung mit § 5 Absatz 1 S. 1 Nummer 1 oder 3 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes eine Prüfung nicht duldet oder bei einer Prüfung nicht mitwirkt,
2. entgegen § 15 S. 1 in Verbindung mit § 5 Absatz 1 S. 1 Nummer 2 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes das Betreten eines Grundstücks oder Geschäftsraums nicht duldet,
3. entgegen § 15 S. 1 in Verbindung mit § 5 Absatz 5 S. 1 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig übermittelt,
4. entgegen § 16 Absatz 1 S. 1 oder Absatz 3 S. 1 eine Anmeldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vorlegt oder nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zuleitet,
5. entgegen § 16 Absatz 1 S. 3, auch in Verbindung mit Absatz 3 S. 2, eine Änderungsmeldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig macht,
6. entgegen § 16 Absatz 2 oder 4 eine Versicherung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig beifügt,
7. entgegen § 17 Absatz 1 S. 1, auch in Verbindung mit S. 2, eine Aufzeichnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstellt oder nicht oder nicht mindestens zwei Jahre aufbewahrt,
8. entgegen § 17 Absatz 2 eine Unterlage nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise bereithält oder
9. entgegen § 20 das dort genannte Arbeitsentgelt nicht oder nicht rechtzeitig zahlt.

Nach § 21 Abs. 2 MiLoG handelt ordnungswidrig, wer Werk- oder Dienstleistungen in erheblichem Umfang ausführen lässt, indem er als Unternehmer einen anderen Unternehmer beauftragt, von dem er weiß oder fahrlässig nicht weiß, dass dieser bei der Erfüllung dieses Auftrags

1. entgegen § 20 das dort genannte Arbeitsentgelt nicht oder nicht rechtzeitig zahlt oder
2. einen Nachunternehmer einsetzt oder zulässt, dass ein Nachunternehmer tätig wird, der entgegen § 20 das dort genannte Arbeitsentgelt nicht oder nicht rechtzeitig zahlt.

_____

Ort, Datum, Name des/der Erklärenden

Name des Bieters /der Bietergemeinschaft:

Vordruck 14 Erklärung zur Verordnung EU 2022/576 (Russland-Sanktionen)

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die Bewerber / Bieter gehört / gehören nicht zu den

   in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
   a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
   b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
   c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

_____

Ort, Datum, Name des/der Erklärenden